

Ausführungen von Dr. Marijn Dekkers,

Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie,

am 18. Februar 2016

auf der Konferenz „Zukunftsperspektive Industrie 2030“

des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bundesminister Gabriel,

sehr geehrter Herr Kommissar Šefčovič,

meine Damen und Herren,

landauf, landab heißt es: Der deutschen Wirtschaft geht es gut. Im Großen und Ganzen stimmt dies auch.

Aber es fehlt Deutschland an einer gemeinsamen Zukunfts-vision von der deutschen Industrie. Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ ist daher eine gute Initiative von Bundes-Wirtschaftsministerium, Industrie und Gewerkschaften dieses gemeinsame Verständnis zu entwickeln. Denn die Zukunft der Industrie entscheidet mit über unser aller Zukunft, in Deutschland und in Europa. Deshalb müssen wir das Bündnis nun gemeinsam öffentlich sichtbar machen.

Auch Europa ist eine großartige Vision. Eine Vision, die Wirklichkeit wurde und nun vor der großen Aufgabe steht, ihre Strahlkraft zu erhalten. Eine Abkehr von der europäischen Integration oder gar eine Rückkehr zu den national-staatlichen Grenzen wären ein Rückschritt mit unabsehbaren Folgen. Für die europäischen Gesellschaften und für die Wirtschaft. Auch ein „Brexit“ würde wirtschaftlichen Schaden nach sich ziehen, in Großbritannien genauso wie auf dem Kontinent.

Wir brauchen eine intakte Europäische Union. Ein grenzenloser Wirtschaftsraum ist der Grundpfeiler für Europas Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Stärke.

Daneben braucht die Industrie allerhand gute Rahmenbedingungen, das gilt in Europa genauso wie in Deutschland. Rahmenbedingungen müssen zuverlässig und wettbewerbsfähig sein. Sonst können Sie als Unternehmen nicht vernünftig planen und erfolgreich wirtschaften.

Wir brauchen zum Beispiel eine vernünftige Energiepolitik. Es kann nicht sein, dass Teile der Wirtschaft über Gebühr belastet werden. Das gilt vor allem für mittelständische Unternehmen. Wenn die Kosten für Energie in einzelnen Branchen oder einzelnen Ländern unverhältnismäßig steigen, gerät am Ende die ganze Wirtschaft aus dem Lot. Als Unternehmen müssen Sie in Deutschland vergleichbare Energiekosten haben wie in anderen europäischen Ländern. Wir brauchen ein „level playing field“.

Ein zweites Beispiel: Wir brauchen einen zuverlässigen Rechtsrahmen für die digitale Wirtschaft. Hier ist die Regulierung noch nicht auf der Höhe des technischen Fortschritts. Ich nenne nur das Stichwort „Safe Harbor“.

Natürlich ist es schwierig, sich europaweit auf gemeinsame Rahmenbedingungen zu einigen. Sie sind aber unerlässlich für eine funktionierende Wirtschaft, für ein wettbewerbsfähiges Europa. Letztendlich muss aber das gestärkt werden, was Europas Wirtschaft in Zukunft weiter vorantreiben kann: Innovationen.

Nur mit innovativen Produkten und Services können wir auf Dauer im globalen Wettbewerb bestehen. Und das bedeutet nicht nur, neue Ideen zu haben, sondern Ideen erfolgreich umzusetzen, damit sie am Markt Erfolg haben. Das ist Innovation.

Bisher scheint Europa hier noch ganz gut aufgestellt zu sein. Die Zahl der Patente aus Ländern der EU ist im internationalen Vergleich weiter hoch. Aber andere Regionen holen massiv auf. Schwellenländer investieren heute massiv in Forschung und Entwicklung. Aus Werkbänken werden Denkfabriken. In Asien sind in zwei Jahren die Forschungsausgaben um 70 Milliarden Dollar gestiegen. In Europa betrug der Anstieg nicht einmal eine Milliarde Dollar. China, Indien und Südkorea sind neue Forschungsstandorte.

Nehmen wir meine Branche, die Chemie, als Beispiel: Seit der Jahrtausendwende hat China seinen Anteil an wissenschaftlichen Publikationen in der Chemie weltweit von 7 Prozent auf zuletzt 28 Prozent gesteigert. Bei den Patenten lag der Anteil im Jahr 2000 bei 2 Prozent; im Jahr 2013 schon bei 6 Prozent. Und der

Anteil am Welthandel mit forschungs intensiven Waren ist von 3 Prozent auf etwa 10 Prozent gestiegen.

Darin steckt eine große Dynamik. Und die Chemie in China ist nur ein Beispiel für eine ganze Reihe von Branchen und Ländern. Deshalb müssen wir heute handeln, damit wir auch morgen mit Innovationen wettbewerbsfähig sind. Industriepolitik ist Innovationspolitik. Das gilt für Deutschland und Europa.

Das heißt: Wir müssen alles tun, um Innovationen zu erleichtern. Und zwar nicht nur inkrementelle, sondern auch disruptive Innovationen. Also revolutionäre Technologien, die Märkte komplett verändern oder sogar neue Märkte schaffen können.

Hier sind natürlich zunächst die Einzelstaaten gefragt. Und ein Blick auf unsere Nachbarn zeigt, dass Deutschland hier noch Nachholbedarf hat. Zum Beispiel brauchen wir in Deutschland ein Gesetz zur Förderung von Wagniskapital. Wir dürfen Investoren nicht davon abschrecken, bei uns in Start-Ups zu investieren. Wir müssen ihnen Anreize geben, es zu tun! Aber auch für etablierte Unternehmen müssen sich Investitionen in Neues lohnen. Sie dürfen jedenfalls nicht zu einem unkalkulierbaren Risiko werden.

In Deutschland ist eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung überfällig, andere europäische Länder sind da weiter. Gerade kleinere Unternehmen trauen sich oft nicht, in langfristige Innovationsprojekte zu investieren. Die kosten viel Geld, und es gibt vorher keine Garantie, dass sich am Ende auch wirtschaftlicher Erfolg einstellt. Also lässt man's lieber bleiben. Und große Unternehmen verlagern ihre FuE-Abteilungen vielleicht ins Ausland, weil es dort steuerliche Vorteile gibt.

Egal ob groß oder klein: Wer Innovationen fördern will, muss dafür auch entsprechende Anreize setzen.

Wie lässt sich nun die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft auf europäischer Ebene steigern?

Aus meiner Sicht muss die Förderung von Innovation eine Priorität für die gesamte EU-Politik werden. Sie muss ein Grundprinzip für jede Form der Regulierung sein, die einen Einfluss auf die Wirtschaft hat.

In der EU gibt es bereits das Vorsorgeprinzip. Es ist ein richtiger Ansatz zum Umgang mit Risiken und zu Recht eine Leitlinie der Europäischen Verträge. Wir brauchen aber auch einen Ansatz zum Umgang mit Chancen. Wir brauchen ein

Innovationsprinzip. Es soll das Vorsorgeprinzip nicht ersetzen. Es soll es aber komplementär ergänzen. Damit der Regulierer eine vernünftige, wohl-informierte und transparente Abwägung von Chancen und Risiken vornehmen kann. Damit Chancen nicht voreilig – und oft auch unbeabsichtigt! – verbaut werden. Damit Innovationen eine Chance haben! Ein Innovationsprinzip bedeutet, dass bei jedem Regulierungsvorgang die Auswirkungen auf mögliche Innovationen berücksichtigt werden.

Wie kann so ein Prinzip konkret aussehen?

Man könnte zum Beispiel die verschiedenen Stakeholder stärker in den Regulierungsprozess einbinden. So bekäme man frühzeitig ein vielfältiges und ausgewogenes Gesamtbild von Risiken und Chancen. Man bekäme ein Verständnis für künftige Innovationen, die von einer voreiligen Regulierung betroffen wären.

Man könnte ebenfalls ein „Right to challenge“ einführen: die Option, dass Betroffene Einspruch erheben, wenn sie negative Auswirkungen auf Innovationschancen befürchten. Dann müssten Chancen und Risiken noch einmal detailliert untersucht und gegeneinander abgewogen werden.

Das sind nur zwei Anregungen. Ich bin kein Politiker. Es gibt gewiss noch weitere Ideen, wie sich das Innovationsprinzip in der EU umsetzen lässt. Ich vertraue da auf die Erfahrung der Experten in der Kommission und im europäischen Parlament.

Was wäre das Ergebnis eines solchen Innovationsprinzips? Das Ergebnis wäre nicht nur eine Stärkung der Innovationsfähigkeit und eine bessere Industriepolitik. Die Anwendung des Innovationsprinzips wäre auch ein Beispiel für „Better Regulation“: für eine bessere Regulierung, die neue Chancen durch Innovationen angemessen berücksichtigt.

Es wäre eine bessere Form der Regulierung für die Unternehmen genauso wie für die Bürgerinnen und Bürger. Denn sie sind es, die von den Chancen durch Innovationen profitieren: sei es als Arbeitnehmer in erfolgreichen Unternehmen; als Konsumenten von besseren Produkten; oder als Patienten, denen der medizinische Fortschritt neue Aussicht auf Heilung verschafft.

Industriepolitik als Innovationspolitik kommt nicht nur der Gesellschaft zugute. Sie benötigt umgekehrt auch Rückhalt in der Gesellschaft. Innovationen brauchen gesellschaftliche Akzeptanz. Damit tut sich Europa zum Teil noch schwer. In

manchen Ländern etwas mehr, in anderen weniger. Hier spielen kulturelle Unterschiede und historische Erfahrungen eine große Rolle.

Ich habe als Holländer 20 Jahre in den USA gelebt und gearbeitet. Da ist nicht alles besser. Aber es ist ein anderer Umgang mit Innovationen. Es gibt mehr Offenheit für Neues. Es gibt mehr Bereitschaft, neben den Risiken auch die Chancen zu sehen. Vielleicht sogar zuerst auf die Chancen zu sehen. Denn wenn Sie das Neue nicht als Chance begreifen, woher wollen Sie dann den Antrieb nehmen, es zu wagen?

Das sind, wie gesagt, kulturelle Prägungen, die sich auch in den Unternehmen zeigen – zum Beispiel was das Verhältnis von Innovation und Bürokratie betrifft. Solche Prägungen lassen sich nicht so einfach verändern. Eine offenere Kultur für Innovationen braucht Zeit.

Was mich aber an den Diskussionen in Europa über Chancen und Risiken noch mehr wundert und – als Wissenschaftler – besonders stört: Sie sind oft nicht faktenbasiert. Da werden Meinungen und Vermutungen genauso ernst genommen wie wissenschaftliche Studien. Damit werden Innovationen blockiert und Chancen verbaut.

Das schadet nicht nur der Innovationskraft. Das schadet nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit. Es schadet auch der Politik. Denn wenn wir „Better Regulation“ wirklich wollen, dann brauchen wir eine faktenbasierte Regulierung.

Solch ein „evidence-based policy-making“ erfordert den transparenten Austausch von Fakten. Und es erfordert öffentlichen Dialog. Wir sollten diesen Dialog aktiv fördern. „Wir“, das bedeutet: Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Jeder Bereich kann seinen Teil dazu beitragen.

Zum Beispiel können wissenschaftliche Akademien als Katalysatoren dienen. Sie verbinden fachliches Know-how mit öffentlicher Relevanz. Das sind beste Voraussetzungen, um einen faktenbasierten Dialog zu fördern.

Ein aktuelles Thema ist etwa in der Medizin die neue Technologie des „Genome Editing“. Dabei geht es um die punktgenaue Korrektur des Genoms, um genetisch bedingte Krankheiten zu heilen. In Deutschland haben die nationalen Akademien bereits eine gemeinsame Stellungnahme dazu veröffentlicht. Sie sollten aber auch einen breiten gesellschaftlichen Dialog einleiten, bevor erste Therapien vor der Anwendung stehen.

Auf europäischer Ebene sind solche Dialoge sicher schwieriger zu führen. Wir haben verschiedene Sprachen, unterschiedliche Kulturen, und es gibt fast nur nationale Medien. Vielleicht haben die Teilnehmer der Podiumsdiskussion gleich mit ihrem großen Erfahrungsschatz Ideen, wie sich solche Dialoge in Europa am besten organisieren lassen.

Ich bin überzeugt: Eine faktenbasierte Regulierung und eine offene Innovationskultur sind notwendig für eine erfolgreiche Industriepolitik. Denn ohne größere gesellschaftliche Akzeptanz für Innovationen wird Europa verlieren: an Innovationskraft und an Wettbewerbsfähigkeit.

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496

E-Mail: presse@vci.de